

## International

# «Die EU wird nach der Krise stärker sein als vorher»

Mehr Europa statt weniger, fordert der deutsche Aussenpolitiker Ruprecht Polenz. Die Krise könne der Kontinent nur gemeinsam meistern.

Mit Ruprecht Polenz sprach David Nauer in Berlin

**Herr Polenz, die Eurokrise strapaziert die Solidarität zwischen den EU-Staaten. Wie gefährlich ist das?**  
Wir müssen uns wieder vergewissern, was uns Europa bedeutet. Für Deutschland etwa hat sich die EU ausserordentlich positiv ausgewirkt. Wir profitieren wegen unserer zentralen Lage mehr als jedes andere Land von Frieden, Wohlstand und Stabilität.

**In Berlin überwiegen aber der Ärger über die «Pleite-Griechen» und die Angst, ausgenommen zu werden. Das klingt in Teilen der Bevölkerung und der Politik so an. Ich halte aber eine solche Sichtweise für ausserordentlich kurzfristig, auch geschichtsvergessen.**

### Warum?

Deutschland hat immer unter seiner geostrategischen Lage gelitten. Wir sind zu gross, um ausser Acht gelassen zu werden, und zu klein, um unbestrittene Führungsmacht zu sein. Das hat in den zurückliegenden Jahrhunderten zu wechselnden Bündnissen geführt, die aber nicht dauerhaft für Stabilität sorgen konnten. Dies gelang erst in der EU.

### Was ist das Erfolgsrezept?

Der Grundgedanke der Integration. Die Mitgliedstaaten verzichten auf einen Teil ihrer Souveränität, um diese gemeinsam auszuüben.

### Müsste die EU dieses Gewicht in der Krise in die Waagschale werfen?

Klar. Alle finden es beispielsweise nötig, Regulierungen für die globalen Finanzmärkte durchzusetzen. Doch das können wir als Europäer nur gemeinsam. Wir müssen es schaffen, für die 500 Millionen Menschen in der EU zu sprechen. Dann werden wir uns gegenüber den USA, China, Indien und anderen aufsteigenden Staaten Gehör verschaffen.

### Die Lust auf gemeinsames Handeln scheint aber zu schwinden. So suchen etwa Ungarn und die Slowakei nach nationalen Perspektiven.

Das macht mir Sorgen. Ich glaube, es hängt damit zusammen, dass der Tsunami der Globalisierung auf das Lokale trifft. Der Reflex dabei ist: Türe zu, Fenster zu und hoffen, dass es drinnen einigermaßen ruhig bleibt. Nun wäre es an den Staats- und Regierungschefs, ihren Völkern zu erklären, dass der klassische Nationalstaat die Aufgaben der Zeit nicht mehr alleine lösen kann.

### Auch Ihre Kanzlerin Angela Merkel weckt keine Europa-Begeisterung.

Es gibt in allen EU-Ländern die Tendenz, dass sich politische Erfolge jeder selber auf die Fahne schreibt, auch wenn sie von Brüssel mitbewirkt wurden. Wenn aber etwas schief läuft, dann schiebt man die Schuld auf die EU-Bürokratie. Dadurch erodiert natürliche das Europabewusstsein bei den Menschen.

### Was läuft konkret falsch in der deutschen Europa-Diskussion?



Die deutsche Kanzlerin beurteilt EU-Fragen zu stark aus fiskalischer Perspektive, sagt Polenz. Foto: Michael Gottschalk (AFP)

Wir haben seit dem Ende der Kanzlerschaft von Helmut Kohl alle EU-Fragen stärker unter dem Gesichtspunkt der fiskalischen Zahlungsströme diskutiert. Ganz nach der Frage: Wer ist Nettozahler, wer Nettoempfänger? Diese Sichtweise ist gefährlich, weil sie die EU zu einem Nullsummenspiel macht.

### Wie muss sich die EU entwickeln, um künftig eine Krise zu verhindern?

Wir werden die haushaltspolitische Zusammenarbeit vertiefen. Nur so wird der Euro stabilisiert. Ich begrüsse einen solchen Schritt, denn dadurch wird die EU nach der Krise stärker sein als vorher.

### Werden die EU-Staaten ihr Budget in Brüssel absegnen lassen müssen?

### Ruprecht Polenz

Heute an der Universität Zürich



Ruprecht Polenz (CDU) ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags. Auf Einladung des Europa-Instituts Zürich spricht er heute an der Universität

Zürich zum Thema: «Europa unter Druck: Identität und Solidarität auf dem Prüfstand» (18.15 Uhr, Aula, Rämistrasse 71). Polenz gilt als einer der profiliertesten Aussenpolitiker Deutschlands. Er scheut sich nicht, auch unpopuläre Thesen zu vertreten. Zuletzt etwa in seinem Buch: «Besser für beide: Die Türkei gehört in die EU». (dn)

Nein, aber es gibt interessante Vorschläge. Einerseits soll Brüssel stärkere Kontrollbefugnisse erhalten, andererseits soll mit Marktmechanismen verhindert werden, dass Länder leicht an Kredite kommen, die sie sich nicht leisten können.

### Was halten Sie von der Idee, die Eurozone zu spalten in eine Nord- und eine Südhälfte?

Überhaupt nichts.

### Müssen künftig die reichen EU-Länder tiefer in die Tasche greifen, um die ärmeren zu stützen?

Eine Transferunion wäre auch falsch. Das würde die EU überfordern. Es ist etwas anderes, ob man in Notlagen hilft, oder dauerhaft. Letzteres ist von Übel.

### Die Finanzkrise hat die Identitätskrise Europas verschärft. Sie fordern in Ihrem neuen Buch den EU-Beitritt der Türkei. Weshalb?

Wenn die Türkei die Kriterien bezüglich Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erfüllt, wäre bewiesen, dass diese Werte mit dem Islam vereinbar sind. Das hätte eine Ausstrahlung auf andere islamische Staaten. Ein Beitritt der Türkei zeigte auch, dass die Grundidee der EU, nämlich eine Friedensordnung zu sein, die sie im 20. Jahrhundert für die damaligen Konflikte eindrücklich einlöste, dass diese Grundidee auch fürs 21. Jahrhundert taugt.

### Gleichsam für die Konflikte des 21. Jahrhunderts?

Ja, denn im neuen Jahrhundert stehen wir vor der Herausforderung, die wach-

senden Spannungen zwischen islamischen Ländern und dem Westen zu mildern. Eine Aufnahme der Türkei in die EU wäre ein Signal: Wir wollen keinen Konflikt der Kulturen.

### Hätte die EU genug Kraft, um die Integration der Türkei zu schultern?

Es ist ja nicht eine Frage von heute oder morgen. Es braucht auch in der Türkei noch viele Veränderungsprozesse.

### Die EU steht vor vielen Problemen. Was hat sie einem Land wie der Schweiz im Moment zu bieten?

Die Schweiz entscheidet über ihre Anbindung an die EU in eigener Souveränität. Ihre Grösse und Lage ermöglicht ihr, eine Kosten-Nutzen-Abwägung zu machen - und der Union vorerst nicht beizutreten.

### Das heisst, Sie können die Haltung der Schweiz nachvollziehen?

Ich kann das nachvollziehen, weil ich glaube, dass viele der Alltagsvorteile, welche die EU mit sich bringt, für die Schweiz schon realisiert sind. Ein anderer Punkt ist aber: Wer nicht dabei ist, der bestimmt nicht mit.

### Glauben Sie, es wäre für die Schweiz im Streit mit Libyen ein Vorteil gewesen, EU-Mitglied zu sein?

Es ist schon so, dass die EU handelt, wenn die Interessen einzelner Mitgliedsländer tangiert sind. Das verleiht den EU-Staaten ein grösseres Gewicht. Ob sich das im Fall Libyen ausgewirkt hätte, bezweifle ich aber, weil mir die Rationalität von Staatschef Ghadhafi schwer kalkulierbar erscheint.

## Tödlicher Anschlag auf Militär in Istanbul

Bei einem Anschlag auf einen Armeebus im Westen von Istanbul sind gestern Morgen vier Soldaten und die 17-jährige Tochter eines Militäranghörigen getötet worden. Zu dem Attentat bekannten sich die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK), eine Untergruppe der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die Tat sei Vergeltung für den ungerechten Krieg gegen die Kurden, erklärten die Freiheitsfalken auf einer Website. Sie drohten, ihren Terror zu verstärken und in Zukunft auch Anschläge in Touristenorten zu verüben. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagte in Ankara: «Wir werden uns der Gewalt nicht beugen.» Seine islamisch-konservative Regierung werde keinen Ausnahmezustand ausrufen, den Terror aber entschlossen bekämpfen. Gleichzeitig bekannte sich Erdogan zu seiner Initiative, den Kurdenkonflikt friedlich beizulegen. «Wir werden unsere (kurdischen) Landsleute nicht nochmals enttäuschen.» (SDA)

## Nachrichten

### USA

### Gericht hebt das Bohrverbot im Golf von Mexiko auf

Ein Gericht im US-Bundesstaat Louisiana hat das sechsmonatige Regierungsverbot von Tiefseebohrungen gekippt. Der Richter gab einem Antrag der Ölindustrie statt, die geltend machte, die US-Regierung habe mit dem Moratorium ihre Machtbefugnisse überschritten. Der Entscheid ist ein Schlag für Präsident Barack Obama. Das Weisse Haus kündigte umgehend Rekurs gegen das Urteil an. (Reuters)

### Gasstreit

### Weissrussland stört Gaslieferungen nach Europa

Trotz des weissrussischen Versprechens, die offene Gasrechnung zu begleichen, hat Russland seine Lieferungen ans Nachbarland weiter gedrosselt. Daraufhin kappte Weissrussland die russische Gaspipeline Richtung Westen. Die Transitlieferungen würden erst wieder durchgelassen, wenn Russland die ausstehenden Transitgebühren von 260 Millionen Dollar bezahle, sagte der weissrussische Präsident. (Reuters)

### Deutschland

### Bischöfe bestätigen Existenz eines Mixa-Dossiers

Die katholische Bischofskonferenz Deutschlands hat bestätigt, dass es ein belastendes Dossier über den Augsburger Ex-Bischof Walter Mixa gibt. Es sei im April nach Rom weitergeleitet worden, worauf «Papst Benedikt XVI. gehandelt und das Rücktrittsgesuch von Bischof Mixa angenommen» habe. Laut Medienberichten werden Mixa in dem Dossier unter anderem Alkoholsucht und sexuelle Übergriffe auf Priester vorgeworfen. (SDA)

Reklame AR2049ztgA/C



Schimmel.

Das klassische deutsche Qualitäts-Klavier.

Modell C 120 I: CHF 15'480.- oder CHF 180.- Monatsmiete.

MusikHug

Zürich, Basel, Luzern, St. Gallen, Lausanne

## Brüssels Chefdiplomatin bekommt eigenen Apparat

Die EU-Aussenministerin Catherine Ashton erhält einen Auswärtigen Dienst und damit eine zweite Chance.

### Von Stephan Israel, Brüssel

Sie sollte Europas neues Gesicht sein, doch kaum jemand kennt sie nach 200 Tagen im Amt: Die Britin Catherine Ashton hatte als erste EU-Aussenministerin einen schwierigen Start. Nun haben das EU-Parlament, die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission nach langem Machtkampf sich auf die Konturen eines neuen Europäischen Auswärtigen

Diensts (EAD) geeinigt. Dieser Durchbruch bedeutet für Ashton eine zweite Chance.

Die Britin hatte den derzeit schwierigsten Job in Brüssel praktisch ohne Mitarbeiter angetreten und sollte von Anfang an hohe Erwartungen erfüllen. Sie sollte die EU-Flagge an allen weltpolitischen Schauplätzen zeigen und in Brüssel gleichzeitig ihren eigenen Apparat aufbauen. An diesem Spagat scheiterte die 54-Jährige fast: In Brüssel wurde bereits über einen vorzeitigen Abgang der «Fehlbesetzung» spekuliert.

Den jetzt beschlossenen EAD bezeichnete Ashton als Instrument, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen sei. Auch der

frühere belgische Premier und liberale EU-Parlamentarier Guy Verhofstadt zeigte sich zufrieden mit dem «ambitionierten» Vorschlag: «Wir brauchen den neuen Dienst, erst dann werden wir eine gemeinsame Aussenpolitik haben.» Auch den meisten Mitgliedsstaaten würden die Vorzüge des EAD bald einleuchten.

Der Europäische Auswärtige Dienst soll am 1. Dezember starten und schrittweise von 1200 auf 7000 Diplomaten aufgebaut werden. Rund 60 Prozent des Personals werden aus anderen EU-Institutionen transferiert, die anderen 40 Prozent der Mitarbeiter dürfen die Mitgliedsstaaten entsenden. Ashton wird auch die 135 EU-Botschaften

nutzen, um die Vertretung der Union in der Welt zu stärken.

Ursprünglich war der Start fürs Frühjahr geplant, doch der Machtkampf in Brüssel führte zu Verzögerungen. Mitgliedsstaaten, EU-Kommission und Europaparlament stritten sich um die Kontrolle über den mächtigen neuen Apparat, der laut dem EU-Vertrag von Lissabon selbstständig arbeiten soll. Bei der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe konnte die Kommission die Kontrolle über das milliardenschwere Budget verteidigen, Ashton wird aber die politischen Leitlinien bestimmen. Das EU-Parlament darf das Budget kontrollieren und Anhörungen der Bewerber für wichtige Posten durchführen.